

Beschluss:

Im Rahmen der Vorberatung im Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss hat sich kein Koordinierungsbedarf ergeben.

Die Behandlung des Themas in der Öffentlichkeit wird von Vertretern mehrerer Fraktionen kritisiert, wobei gewisse Verunsicherungen und Irritationen bei der Bevölkerung nachvollziehbar seien. Andererseits sei erkennbar, dass es auch um „Stimmungsmache gegen Flüchtlinge“ gehe. Bestimmte Aussagen von Mitgliedern des Stadtteilbeirates Brachenfeld-Ruthenberg seien nicht zutreffend und stünden im Widerspruch zur tatsächlichen Stimmung im Stadtteil.

Es wird appelliert, noch vor der Ratsversammlung besser über die Planungen zu informieren. Dabei sei vornehmlich das Land gefordert.

Ratsherr Fehrs weist darauf hin, dass in der Öffentlichkeit bestimmte Dinge vermischt würden. So sei geplant, die Büros der Mitarbeitenden des Landes, die für die die Fachkräfteeinwanderungen zuständig sein sollen, auf dem Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung unterzubringen, nicht jedoch die entsprechenden Einwanderer.

Herr Oberbürgermeister Dr. Taurus weist darauf hin, dass eine geplante Informationsveranstaltung Corona-bedingt leider nicht zustande gekommen sei.

Er befürworte eine bessere Information in der Presse, sehe aber auch vorrangig die Zuständigkeit des Landes, über die eigenen Pläne zu berichten.

Er bestätigt noch einmal die Entscheidung, einer Erweiterung der Kapazität auf 1.500 Personen nicht zugestimmt zu haben. Es bleibe bei maximal 1.000 Personen.

Die aktuell geplanten Maßnahmen (Renovierungen, Abriss und Neubauten) würden letztendlich allen Beteiligten zugutekommen.

Dazu sei der Verkauf einer Fläche, die bislang zumindest in großen Teilen vom Land gepachtet wurde, erforderlich. Das Land sei ohnehin Eigner der überwiegenden Flächen des ehemaligen Kasernengeländes. Die nun geplanten Investitionen würden aber nur getätigt, wenn sich die relevante Fläche auch im Eigentum des Landes befände.

Die in der Öffentlichkeit kritisierte Brache sei in Vorbereitung auf die geplante Wohnbebauung entstanden. Letztendlich würde auch diese zur Verbesserung der Lage beitragen.

Ratsherr Kühl fragt nach, zu welchem Stadtteil das Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung überhaupt gehöre. Aussagen aus der Stadtplanung, es gehe um den Stadtteil „Stör“ seien wenig konstruktiv, weil es solch einen Stadtteil gar nicht gebe.

Ungeachtet dessen würden Parkplätze für die Mitarbeitenden in der Erstaufnahmeeinrichtung fehlen, so dass letztendlich die gesamte Umgebung der Erstaufnahmeeinrichtung durch parkende Autos in Mitleidenschaft gezogen werde.

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass es akut keine Corona-Fälle in der Erstaufnahmeeinrichtung gebe. Die abgesperrten Bereiche dienen quasi zur Quarantäne von Neuankömmlingen, für die noch keine Testergebnisse vorlägen.

Im Rahmen der Vorberatung stimmt der Hauptausschuss der Vorlage einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:	Zustimmung (einstimmig)
Endgültig entsch. Stelle:	Ratsversammlung